

*5. Plattform Gesundheit am 27.10..2011*

*GKV – zwischen Verstaatlichung und Kleinstaaterei?*

*Begrüßungsrede für Herrn Hans Peter Wollseifer*

*(Vorsitzender des Vorstandes IKK e.V.)*

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass ich als neu gewählter Vorstandsvorsitzender des IKK e.V. die Möglichkeit habe, heute hier bereits die fünfte „Plattform Gesundheit“ des IKK e.V. zu eröffnen und ich begrüße Sie – auch im Namen meines Kollegen Hans-Jürgen Müller - recht herzlich.

Wenn ich mich hier umsehe, stelle ich fest, dass wir offenbar das richtige Thema gewählt haben. Auch wenn in einem föderalen Land wie der Bundesrepublik Deutschland das Thema Zentralisierung oder Kleinstaaterei natürlich immer von großer Bedeutung ist, scheint der jetzige Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik doch von großem Interesse zu sein.

Herzlich begrüßen möchte ich Frau Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalens und die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Frau Ulrike Flach, die beide aus ihrem jeweils unterschiedlichen Blickwinkel unser hochaktuelles Thema beleuchten werden.

Beide Politikerinnen kommen – wie ich – aus Nordrhein-Westfalen.

Ich bin als Präsident der Handwerkskammer zu Köln und als ehemaliger Verwaltungsratsvorsitzender der IKK Nordrhein mit den Vorteilen wie auch den Nachteilen unserer verzahnten Versorgungsstrukturen vertraut und bin deshalb sehr gespannt auf die Referate und die anschließende Diskussion mit unseren weiteren Gästen, die ich an dieser Stelle begrüße.

Seien Sie willkommen.

GKV – zwischen Verstaatlichung und Kleinstaaterei? Das Thema ist zugegebenermaßen provokant formuliert. Aber es trifft aus meiner Sicht recht gut die Fragen und auch Ängste, die die Versicherten und Arbeitgeber, aber auch die Ärzte und sonstigen Leistungserbringer in unserem Gesundheitswesen haben.

Die verschiedenen Zuständigkeiten, das Gerangel um Honorare, die unterschiedlichen Ansprechpartner auf regionaler und zentraler Ebene. Das ist für Patienten, Versicherte und auch Leistungserbringer mitunter nur schwer nachvollziehbar.

Als Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat einer regional strukturierten Krankenkasse und auch als Unternehmer im Handwerk habe ich selbstverständlich die Regionen im Blick, denn sie haben eine Schlüsselstellung für eine gute Versorgung. Wir leben aber in einem verzahnten System und müssen entscheiden, was wir wollen. Wie viel zentrale Steuerung und überregionale Koordinierung muss sein und wie viel regionale Selbstständigkeit und Flexibilität sind möglich?

Ich möchte es einmal mit einem Bild aus dem Handwerksbereich beschreiben: Der Spielraum für Unternehmen, um am Markt zu agieren und sich zu behaupten, darf nicht unnötig eingeschränkt werden. Wir brauchen aber auch eine

Handwerksordnung und wir brauchen faire Wettbewerbsstrukturen. Das eine geht nicht ohne das andere.

Auf das Gesundheitswesen übertragen heißt das, dass wir starke regionale Strukturen brauchen, aber dass die Rahmenvorgaben bundesweit klar geregelt sein müssen. Ich hoffe, dass hier niemand im Raum ist, der an einem zentralen Gesundheitssystem interessiert ist. Wir von den Innungskrankenkassen sind es auf alle Fälle nicht.

Die tragenden Säulen unseres Gesundheitswesens, die Selbstverwaltung, die solidarische Finanzierung und das Sachleistungsprinzip werden gestützt von dem grundgesetzlich verbrieften Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse.

Das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen liegt im Entwurf auf dem Tisch und wird derzeit im Parlament diskutiert. Mit dem Gesetz sollen Versorgungsdefizite behoben und z. B. der drohenden Unterversorgung in der hausärztlichen Versorgung begegnet werden. Die Bedarfsplanung soll flexibler und neu gestaltet, die ärztliche und zahnärztliche Vergütung reformiert werden. Doch ist das der richtige Weg? Oder haben die Recht, die davon sprechen, dass die Regelungen mittelfristig nur Mehrausgaben für die Krankenversicherung bedeuten? Ich bin gespannt, was unsere Diskutanten hierzu sagen werden und möchte nicht zuletzt auch sie im Publikum auffordern, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

jetzt sehen wir zunächst einmal einen kurzen Problemaufriss bevor der Geschäftsführer des IKK e. V., Herr Jürgen Hohnl, durch das weitere Programm steuert.